

Verehrter Herr Bürgermeister, geehrter Vorsitzender, meine lieben Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats. Wir möchten uns bei der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfes bedanken. Besonders bedanken möchten wir uns bei unserem Bürgermeister, bei Herrn Meyer und bei den Herren Seelhorst, Drees und König, die uns bei der Haushaltsberatung mit den nötigen Informationen und Erläuterungen versorgten. Wir danken aber auch allen weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die nicht nur im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung genannt werden müssen, sondern die tagtäglich für die Essener Bürgerinnen und Bürger da sind.

Wir finden in diesem Jahr einen Haushalt vor, der sich durch viele notwendige und sinnvolle Investitionen auszeichnet. Große Projekte stehen uns bevor, wie die Neugestaltung der Langen Straße und der Fertigstellung des Kindergartens in Bevern und des Krippenhauses in Essen. Als finanzstarke Kommune ist es richtig, auch weiterhin in diese Projekte zu investieren und somit die Gestaltung unserer Kommune weiter voranzutreiben.

Bereits im Dezember des vergangenen Jahres wurden die Steuerhebesätze in unserer Gemeinde um jeweils zehn Punkte erhöht. Wir haben zu jener Zeit gegen die Erhöhung der Grundsteuer B gestimmt und stimmen nach wie vor nicht mit dieser Erhöhung überein. Aus unserer Sicht bedeutet diese Steuererhöhung lediglich die Finanzierung der im letzten Jahr verabschiedeten Straßenausbaubeitragssatzung. Aber wer bezahlt diese Satzung denn im Endeffekt wirklich? Es sind die Mieterinnen und Mieter unserer Gemeinde, die sowieso schon durch hohe Mieten stark belastet sind. Viele der Vermieter in Essen werden die Erhöhung der Grundsteuer B auf ihre Mieterinnen und Mieter umlegen. Einerseits werden Wohneigentümer also von den Kosten des Straßenausbaus befreit, andererseits geben sie die Erhöhung der Steuern an ihre Mieter weiter, die nun noch zusätzlich belastet werden. Dies empfinden wir als äußerst ungerecht.

Leider wurden in der Haushaltsberatung Positionen abgelehnt, die uns besonders am Herzen liegen. Das Erstellen eines Jugendkonzepts wurde von Seiten der CDU-Fraktion leider abgelehnt. Es soll zunächst der Bestand in der Gemeinde ermittelt werden, um hieraus einen Bedarf abzuleiten. Für uns ist eine Jugendarbeit, die sich nur auf Bedarfe konzentriert, völlig veraltet. Heutige Jugendarbeit geht weit darüber hinaus und beinhaltet weitreichende Aspekte wie die Berufsinformation oder leistet einen großen Anteil im Bereich Integration. Auch können wir nicht nachvollziehen, wieso die Bildung eines Jugendbeirates als zu formal angesehen wird. Wir als Kommune können die Richtlinien für die Bildung festsetzen. Wir hätten uns gewünscht, gerade auch durch die Unterstützung eines Jugendbeirats und in der Zusammenarbeit aller Beteiligten, besonders der Jugendlichen unserer Gemeinde, zu einem gelungenen Jugendkonzept zu gelangen.

Leider wurde auch die von uns geforderte Veränderung der Familienförderrichtlinien seitens der Mehrheitsfraktion abgelehnt. Wir haben besonders die Einbeziehung der alleinerziehenden Mütter und Väter bereits ab dem ersten Kind gefordert. Aus Sicht des CDU-Fraktionsvorsitzenden bringt es nichts, bei der Förderung „einfach nur draufzusatteln“. Wir haben diesen Antrag jedoch bereits vor einigen Jahren gestellt, lediglich passiert ist seitdem nichts. Die Familienförderung ermöglicht Leistungen wie den freien Eintritt in unser Solebad und eine Unterstützung bei Klassenfahrten der Kinder. Leistungen, die unseren Haushalt nicht übermäßig beanspruchen. Dennoch werden diese Leistungen auch in Zukunft alleinerziehenden Eltern mit einem Kind vorenthalten. Sehr schade, wie wir finden.

Auch haben wir die Erhöhung der Jugendförderung in unseren Vereinen gefordert. Wir halten dies für besonders wichtig, um unseren Vereinen weiterhin ihre positive Arbeit zu ermöglichen. Unser Jugendkonzept wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Jugendlichen ein breites Spektrum an Vereinen in unserer Gemeinde bereits vorfinden. Gleichzeitig soll die Jugendförderung nicht angehoben werden, für uns klingt das völlig unverständlich. Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert, insbesondere unsere Vereine leisten hierbei hervorragende Arbeit im Bereich Integration. Dieser Wandel bedeutet jedoch einen Mehraufwand für unsere Vereine, den wir durch die Ausweitung unserer Förderung unterstützen sollten. Auch dieser Antrag wurde durch den Gemeinderat mit der Begründung der „hohen laufenden Kosten“ abgelehnt. Wir haben heute den CDU-Anträgen zu den Themen Bushaltestellen und Spielplätzen zugestimmt, weil wir diese für sinnvoll halten und sie daher unterstützen. Gleichzeitig sind wir jedoch verwundert, dass bei den Anträgen der Mehrheitsfraktion die laufenden Kosten scheinbar keine Rolle spielen und sich dieses Argument nur bei unseren Anträgen wiederfindet.

Auch wenn wir viele der geplanten Ausgaben für unterstützenswert und sinnvoll halten, wurden viele der von uns als wesentlich angesehenen Änderungen nicht im diesjährigen Haushalt realisiert. Die SPD-Fraktion wird den Haushalt 2018 aus diesen Gründen ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Oliver Winkler

Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender